



BERLIN	
Senatsverwaltung für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung	
Ansprechpartner des Landes Berlin zu Antisemitismus	

**Gemeinsame Empfehlung
des Zentralrats der Juden in Deutschland,
der Bund-Länder-Kommission der Antisemitismusbeauftragten
und der Kultusministerkonferenz zum
Umgang mit Antisemitismus in der Schule**

**(Beschluss des Präsidiums des Zentralrats der Juden in Deutschland vom 18.03.2021,
Beschluss der Bund-Länder-Kommission der Antisemitismusbeauftragten vom
26.04.2021, Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 10.06.2021)**

1. Vorbemerkung

Antisemitismus ist in Europa und darüber hinaus seit Jahrhunderten präsent und kulturell tradiert. Er äußert sich bis heute in unserer Gesellschaft in zahlreichen Formen, in allen sozialen Schichten, latent oder offen, teilweise manifest bis hin zu körperlichen Übergriffen und Terror. Schulen sind – als Spiegel der Gesellschaft – mit antisemitischen Äußerungen und Einstellungen konfrontiert, die ein Klima der Einschüchterung und Gewalt schaffen. Dies gilt unabhängig von der Präsenz von Jüdinnen und Juden.

Antisemitismus ist eine ernste Gefahr für offene, freiheitlich-demokratische und rechtsstaatliche Gesellschaften. Jede und jeder Einzelne ist herausgefordert, Antisemitismus zu benennen und ihm entschieden entgegenzutreten.

Insbesondere der Schule mit ihrem Auftrag, Kinder und Jugendliche zu Mündigkeit und Verantwortungsbewusstsein zu erziehen, kommt dabei eine besondere Bedeutung und Verantwortung bei der Prävention und der Bekämpfung von Antisemitismus zu. Alle schulischen Akteure, Lehrkräfte, Erzieherinnen und Erzieher, Eltern, Schülerinnen und Schüler sowie Institutionen der Ausbildung und Professionalisierung von Lehrkräften, Bildungsverwaltungen und Politik sind gefordert zu handeln.

2. Ziele und Grundsätze

Die vorliegende gemeinsame Empfehlung gibt eine Orientierung zum Umgang mit den verschiedenen Formen des Antisemitismus, beschreibt ihn in seiner Wirkung und zeigt Maßnahmen der Prävention und Intervention auf. Sie richtet sich an Lehrkräfte und pädagogisches Personal aller Schularten, Schulstufen und Fächer, an Schulleitungen, Einrichtungen der Aus-, Fort- und Weiterbildung von Lehrkräften sowie an die zuständigen staatlichen Institutionen.

Die präventive Auseinandersetzung mit Antisemitismus stärkt das demokratische Miteinander sowie die Zivilcourage von Lehrkräften, Schülerinnen und Schülern gleichermaßen und leistet damit einen Beitrag zur partizipativen und demokratischen Schulkultur.

Professionelles pädagogisches Handeln in der Schule erfordert innere Haltung und Wissen um Phänomene und Erscheinungsformen des Antisemitismus sowie die Zusammenarbeit mit bestehenden staatlichen und zivilgesellschaftlichen Beratungs- und Unterstützungseinrichtungen.

Die Thematisierung des Nationalsozialismus und insbesondere der Shoah im Geschichtsunterricht ist unabdingbar, sie ist indes nicht hinreichend, um sich angemessen mit allen Formen des Antisemitismus auseinanderzusetzen. Die vorliegende Empfehlung setzt sich dafür ein, dass das Judentum im Unterricht nicht auf die Themen der Verfolgung und Shoah sowie die Opfer-Perspektive reduziert wird. „Kenntnis und Erkennen der Vielfalt und Komplexität des Judentums sind wichtige Schritte zu seinem Verständnis sowie zum Abbau von Vorurteilen“¹. Die Auseinandersetzung mit Antisemitismus schließt die Beschäftigung mit konkreten Erfahrungen von Jüdinnen und Juden in Deutschland ein.

Für alle an Schule Beteiligten ist die Erkenntnis grundlegend, dass für Prävention, Intervention und gegebenenfalls auch Sanktionierung fachliches Wissen und die Reflexion eigener Haltungen und Einstellungen geboten sind.

¹ Gemeinsame Erklärung des Zentralrats der Juden in Deutschland und der Kultusministerkonferenz zur Vermittlung jüdischer Geschichte, Religion und Kultur in der Schule, 2016, S. 2.

3. Definition und Erscheinungsformen des Antisemitismus

Die folgenden Ausführungen bieten einen ersten Überblick über wesentliche Erscheinungsformen des Antisemitismus. Mit Blick auf die Entwicklung von Präventionsmaßnahmen zeigen sie, dass eine vertiefte und differenzierte Auseinandersetzung notwendig ist.²

Die International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA) definiert Antisemitismus als „eine bestimmte Wahrnehmung von Jüdinnen und Juden, die sich als Hass gegenüber Jüdinnen und Juden ausdrücken kann. Der Antisemitismus richtet sich in Wort und Tat gegen jüdische oder nicht-jüdische Einzelpersonen und/oder deren Eigentum sowie gegen jüdische Gemeindeinstitutionen und religiöse Einrichtungen“. Zur Verdeutlichung der Definition wird eine Reihe von Beispielen angeführt, so heißt es u. a. „Erscheinungsformen von Antisemitismus können sich auch gegen den Staat Israel, der dabei als jüdisches Kollektiv verstanden wird, richten.“³

Antisemitismus äußert sich religiös, sozial, politisch, rassistisch und als Mischung der genannten Formen. Er hat eine emotionale Komponente, die sich z. B. darin zeigt, dass Juden⁴ als störend, gefährlich und ursächlich für eigenes Scheitern betrachtet werden. Antisemitismus ist keine Variante von Rassismus.⁵ Er ist von Rassismus und anderen Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit zu unterscheiden, auch wenn es Schnittmengen gibt.

Der religiöse Antisemitismus, auch Antijudaismus, meint insbesondere den christlichen Antijudaismus, der u. a. darauf basiert, dass Juden die Schuld für die Tötung Jesu zugeschrieben wird. Er wurde bereits in den Auseinandersetzungen der Kirchenväter wie auch später in den Überzeugungen Luthers grundgelegt. Die aus diesem Antijudaismus entstandene Dämonisierung von Juden, Mythen der Hostien-schändung und der Brunnenvergiftung sowie die Ritualmordlegenden des Mittelalters finden bis heute Eingang in aktuelle Verschwörungserzählungen. Auch das als Schimpfwort verwendete „Du Jude!“ hat seinen Ursprung in der Darstellung des Judas als Verräter und ist antisemitisch konnotiert.

Von sozialem Antisemitismus ist die Rede, wenn Antisemiten Juden als grundsätzlich im Vorteil oder gar „auserwählt“ konstruieren. Unter diese Definition fallen Stereotype wie der sogenannte „Wucherjude“ oder codierte Umschreibungen wie „die amerikanische Ostküste/Wallstreet“ sowie die Darstellung von Juden als im Finanzbereich besonders einflussreich.

² Eine gute Orientierung bietet dazu ausführlich der Zweite Bericht des Unabhängigen Expertenkreises Antisemitismus „[Antisemitismus in Deutschland – aktuelle Entwicklungen](#)“, S. 24-28.

³ Zitate siehe <https://www.holocaustremembrance.com/de/resources/working-definitions-charters/arbeitsdefinition-von-antisemitismus>

⁴ Die alleinige Bezeichnung „Juden“ wird in diesem Text verwendet, wenn es um gruppenbezogene antisemitische Zuschreibungen geht. In allen anderen Kontexten ist von „Jüdinnen und Juden“ die Rede.

⁵ Siehe dazu ausführlich Julia Bernstein, Antisemitismus an Schulen in Deutschland, 2020, S.284-288.

Im politischen Antisemitismus wird die Vorstellung, Juden könnten auf den internationalen Finanzmarkt besonderen Einfluss nehmen, um die Dimension der Politik erweitert. Er unterstellt, Juden wären Teil einer verschwörerischen Gruppe, welche die Macht hat, politische Prozesse zu steuern. Der politische Antisemitismus wirkt z. B. da, wo Juden für den Kommunismus oder den Neoliberalismus verantwortlich gemacht werden.

Der rassistische Antisemitismus geht über den nationalistischen Antisemitismus und dessen Ausgrenzung der Juden als nicht zur Nation gehörige Fremde hinaus. Er konstruiert das Judentum als „Rasse“ mit spezifischen körperlichen, physiognomischen, mentalen sowie psychischen Merkmalen und schließt die gleichzeitige Zuschreibung von Minderwertigkeit und Allmacht mit ein. Dieser rassistische Antisemitismus gipfelte in der Schoah, dem Völkermord an den europäischen Juden. Diesen Antisemitismus greifen heute völkisch-rechtsextreme Bewegungen auf, weshalb er weiterhin eine große Gefahr darstellt, die sich beispielsweise in terroristischen Angriffen äußert.

Post-Holocaust-Antisemitismus, auch als sekundärer Antisemitismus bezeichnet, äußert sich u. a. im Ruf nach einem Schlussstrich: Demnach sei die Schoah zur Genüge aufgearbeitet worden, „die Juden“ gäben aber nie Ruhe und erinnerten „die Deutschen“ fortdauernd an ihre Schuld. Diese Erinnerungs- und Schuldabwehr findet ihren Ausdruck in der Relativierung der Schoah, der Relativierung von Täterschaft und auch dort, wo familiäre Verstrickungen tabuisiert werden. Er zeigt sich im Vorwurf über eine vermeintliche Instrumentalisierung der Schoah seitens der Juden sowie in der Täter-Opfer-Umkehr. Der Post-Holocaust-Antisemitismus kulminiert in der Holocaust-Relativierung oder -Leugnung.

Israelbezogener Antisemitismus legt an das politische Handeln des Staates Israel besondere moralische Wertmaßstäbe an, die so auf keine andere Demokratie angewandt werden. Er kann so weit gehen, dass Israel das Existenzrecht abgesprochen wird. Diese Form liegt auch vor, wenn Antisemiten Jüdinnen und Juden als vermeintliche Repräsentanten auffordern, sich für die Politik Israels zu rechtfertigen, oder sie für diese verantwortlich machen. Damit scheint es möglich, Juden zu kritisieren, ohne sich offen antisemitisch zu zeigen. Dieses Phänomen wird als Umwegkommunikation bezeichnet.

In bestimmten muslimisch geprägten Sozialkontexten lassen sich auch in Deutschland antisemitische Einstellungen und Haltungen feststellen, die insbesondere mit dem Nahostkonflikt in Zusammenhang stehen und ihren Ausdruck in Narrationen eines israelbezogenen Antisemitismus finden. Zudem werden antisemitische Stereotype und Verschwörungsmymen im Rahmen der politischen Instrumentalisierung durch islamistische Strömungen oftmals religiös konnotiert und legitimiert. Auch diese

Erscheinungsformen des Antisemitismus stellen gerade durch ihre Vielfältigkeit besondere Herausforderungen im und für den schulischen Kontext dar.

Alle hier genannten Formen von Antisemitismus finden vor allem in Krisenzeiten und zur vereinfachenden Erklärung schwer verständlicher Phänomene Eingang in Verschwörungsmithen. Antisemitismus tritt so in unterschiedlichen Zusammenhängen in Erscheinung und passt sich dem Zeitgeist und jeweils aktuellen Entwicklungen an. Er reicht bis weit in die Mitte der Gesellschaft hinein, wird politisch instrumentalisiert und stellt eine große und oft unerkannte Gefahr dar.

Antisemitismus führt bei den Betroffenen zu Angst und Unsicherheit, sie fühlen sich ausgeschlossen; ihr Grundvertrauen in die Gesellschaft und ihre Zukunft in Deutschland in Frage gestellt. Ihnen wird vermittelt, dass es etwas Schlechtes sei, jüdisch zu sein. Ihre Reaktion kann vom inneren Rückzug bis hin zum Verschweigen der eigenen Identität oder Distanzierung davon reichen; mitunter selbst zur Internalisierung der Feindbilder. Die Aufklärung über diesen Zusammenhang ist ebenso wichtig bei der Prävention wie die Wissensvermittlung über die Erscheinungsformen des Antisemitismus, damit Schülerinnen und Schüler in die Lage versetzt werden zu verstehen, wie sich Antisemitismus äußert und was er bewirkt. Ein solcher Prozess wird problemorientiert verlaufen und eine reflexive Leistung der Schülerinnen und Schüler zum Ziel haben.

4. Umgang mit Antisemitismus in der Schule

Kinder und Jugendliche brauchen ein Wertesystem, das ihnen Orientierung gibt. Auch die Schule ist dafür verantwortlich, dieses zu vermitteln. Deshalb ist das pädagogische Handeln in Schulen von Werten getragen, die sich aus den Grundrechten des Grundgesetzes und aus den Menschenrechten ableiten, wobei der Würde des Menschen zentrale Bedeutung zukommt. Aus dieser Haltung heraus muss Antisemitismus entgegengewirkt werden.

4.1 Erkennen, Benennen und Reagieren

Erkennen antisemitischer Erscheinungsformen:

Angesichts der vielfältigen Erscheinungsformen von Antisemitismus ist es nicht immer einfach, antisemitische Ressentiments bei sich selbst, den Schülerinnen und Schülern oder im Kollegium zu erkennen. Denn Antisemitismus äußert sich nicht nur in plumper jüdenfeindlicher Rhetorik, sondern häufig verdeckt, in Chiffren, indirekten Aussagen, Andeutungen, Witzen. Die außerordentliche Bedeutung der sozialen Medien für die Verbreitung antisemitischer Äußerungen und für die Radikalisierung antisemitischer Einstellungen erfordert eine spezifische Aufmerksamkeit und Kompetenz. Gleiches gilt auch für die Befassung mit dem Thema Nahostkonflikt/Israel. Antisemitismus tritt auch jenseits der Anwesenheit jüdischer Schülerinnen und Schüler auf.

Benennen antisemitischer Vorfälle:

Der Schutz der von Antisemitismus Betroffenen hat Priorität. Es ist deshalb von großer Bedeutung, dass antisemitische Äußerungen, antisemitische Vorfälle insgesamt, auch als solche benannt und nicht bagatellisiert, relativiert, verschwiegen oder ignoriert werden. Für die Betroffenen ist es wichtig, dass ihre Empfindungen ernst genommen werden und ihnen empathisch Gehör geschenkt wird. Antisemitische Äußerungen dürfen nicht auf die Ebene von persönlichen Konflikten zwischen Schülerinnen und Schülern oder Lehrkräften reduziert werden.

Die Einbeziehung der jüdischen Perspektiven bleibt ein konstitutiver Teil der Bearbeitung. Antisemitismus muss auch dann benannt werden, wenn keine Jüdinnen und Juden in der Klasse sind bzw. dies nicht bekannt ist.

Reagieren auf antisemitische Vorfälle:

Es ist von hoher Bedeutung, bei jedem antisemitischen Vorfall zu intervenieren und nicht aus Unsicherheit, Zeitmangel oder Furcht vor Eskalation „wegzuschauen“ oder „wegzuhören“. Verharmlosung, Relativierung von Antisemitismus, Abwehrreaktionen („Das gibt es bei uns nicht“), falsche Toleranz oder gar Ver-

ständnis für Antisemitismus sind gefährlich. Antisemitismus wird dadurch normalisiert. Eine fehlende Intervention der Lehrkraft könnte von Schülerinnen und Schülern oder Kolleginnen und Kollegen auch als Akzeptanz oder Bestätigung gewertet werden.

Daher muss stets deutlich gemacht werden, dass Antisemitismus in keiner seiner Erscheinungsformen toleriert wird. Art und Weise der Intervention können situationsbedingt variieren, eine auf den Vorfall fokussierte inhaltliche Auseinandersetzung ist aber unerlässlich. Die pädagogische Arbeit muss in diesen Fällen zumeist auch die Eltern mit einbeziehen, da die betroffenen Schülerinnen und Schüler oftmals Loyalitätskonflikten zwischen den in der Schule vermittelten normativen Ansprüchen und den in den Familien geltenden Wertbezügen ausgesetzt sind. Zudem müssen die Lehrkräfte sich bewusst sein, dass sich der Antisemitismus mancher Schülerinnen und Schüler mit eigenen Ausgrenzungs- und Diskriminierungserfahrungen mischt.

Schulleitungen haben die besondere Verantwortung, hierbei für strukturelle Unterstützung durch pädagogische und sanktionierende Maßnahmen zu sorgen.

4.2 Unterricht und Schulleben

Nicht nur Schülerinnen und Schüler (und deren Eltern) können antisemitische Ressentiments und Vorurteile verbreiten, auch Lehrkräfte. Deshalb ist eine Lehr- und Lernpraxis zu entwickeln, in der allen bewusst wird, dass sie Teil einer Gesellschaft sind, in der antisemitische Denkmuster, Sprachmuster oder Einstellungen virulent sind. Antisemitismus darf nicht externalisiert und bestimmten Gruppen zugeschoben werden.

Die Auseinandersetzung mit Antisemitismus ist nicht nur Gegenstand einzelner Unterrichtsfächer, sondern ist überall dort gefordert, wo es zu antisemitischen Vorfällen kommt, auch unabhängig davon, ob potenziell Betroffene persönlich anwesend sind. Der Schutz der Betroffenen und ihre Perspektiven haben Priorität. Bei der Vermittlung von und beim Umgang mit Antisemitismus in der Schule sollten somit folgende Punkte berücksichtigt werden:

- **Antisemitismus als Unterrichtsgegenstand**

In der schulischen Auseinandersetzung mit Antisemitismus, insbesondere in der Prävention, kommt der Vermittlung von Wissen eine entscheidende Bedeutung zu. Geschichte und Gegenwart des Judentums⁶ sowie Wissen über

⁶ Vgl. hierzu [Gemeinsame Erklärung des Zentralrats der Juden in Deutschland und der Kultusministerkonferenz zur Vermittlung jüdischer Geschichte, Religion und Kultur in der Schule](https://www.kmk-zentralratderjuden.de/) (Beschluss des Präsidiums des Zentralrats der Juden in Deutschland vom 01.09.2016 und Beschluss der KMK vom 08.12.2016) und Kommentierte Materialsammlung zur Vermittlung des Judentums unter <https://www.kmk-zentralratderjuden.de/>.

die Entstehung, die Ausprägungen und die Folgen von Judenhass können in zahlreichen Unterrichtsfächern thematisiert werden. Auf diese Weise werden Schülerinnen und Schüler befähigt, Antisemitismus in all seinen Ausprägungen zu erkennen und dagegen Stellung zu beziehen.

- **Respektvoller und offener Lernraum**

Die Schaffung eines respektvollen und offenen Lernraums ist grundsätzlich Voraussetzung für eine erfolgreiche Bildungs- und Erziehungsarbeit. Für den Umgang mit Antisemitismus in der Schule bedeutet dies, dass es nicht um entlarvende oder verdächtigende personelle Zuschreibungen („Antisemit“/„Antisemitin“) gehen darf, sondern darum, Antisemitismus in seinen vielfältigen Ursachen und Erscheinungsformen sowie seinen Wirkungen bewusst zu machen. Dabei ist es wichtig, Schülerinnen und Schüler mit ihren Erfahrungen und Motivationen ernst zu nehmen und ihnen so zu ermöglichen, die eigene Involviertheit in die Thematik zu reflektieren. Dazu gehört auch die Selbstreflexion der Lehrkräfte.

Gleichzeitig ist aber nicht jede antisemitische Äußerung Ausdruck eines manifesten antisemitischen Weltbilds. Eine differenzierende Wahrnehmung ist daher wichtig, Schuldzuweisungen sind nicht produktiv. In der pädagogischen Bewältigung eines Konflikts gilt es also, Motive erkennen zu können und Wege zu finden, antisemitische Vorstellungen zu dekonstruieren. Dies gelingt in der proaktiven Auseinandersetzung mit der Wirkung von Vorurteilen, Stigmatisierung, Rassismus und Antisemitismus. Zahlreiche Angebote außerschulischer Bildungsinitiativen können hierfür herangezogen werden.

Darüber hinaus ist es angezeigt, die vorhandenen Präventions- und Interventionskonzepte mit Blick auf den Umgang mit verbalen und/oder physischen Angriffen im Kontext von Antisemitismus zu prüfen.

- **Zivilcourage und Argumentationsstrategien**

Um die gesamte Schulgemeinschaft zu befähigen, antisemitische Einstellungen, Äußerungen und Vorfälle wahrzunehmen und ihnen aktiv entgegenzutreten, sind neben der sachlich-inhaltlichen Auseinandersetzung weitere Maßnahmen erforderlich, die auch die persönliche Ebene und Kommunikationsmuster in den Blick nehmen.

Geeignet für die Prävention sind Projekte, Trainings und Workshops, in deren Rahmen Schülerinnen und Schüler sich mit Vielfalt, Respekt und Courage auseinandersetzen und zur Entwicklung eigener Positionen sowie zur aktiven Partizipation in der öffentlichen Debatte angeregt werden. Auch Streitschlichtung, Klassenrat und das Etablieren von Regeln und Ritualen unterstützen

die Entwicklung von Empathie und weiteren individuellen Fähigkeiten, die für ein aktives Entgegenreten bei antisemitischen Äußerungen erforderlich sind.

Um antisemitischen Argumentationsstrategien und gefährdenden Äußerungen religiöser, weltanschaulicher oder politischer Intoleranz sowie „hate speech“ entgegenzuwirken, ist die Erarbeitung und konkrete Einübung adäquater (Gegen-)Argumentationslinien sinnvoll. Dies kann z. B. im Rahmen zielgruppenspezifischer Fortbildungsangebote für Mitglieder der Schülerinnen-/Schülerversammlung, das Kollegium und die Eltern umgesetzt werden.

Die Einbeziehung von geeigneten Online-Materialien wie Filmen, interaktiven Quizen und Recherche-Tools stärkt darüber hinaus nicht nur die Medien- und Handlungskompetenz der Schülerinnen und Schüler, sondern kann dazu beitragen, sie auf einer emotionalen Ebene anzusprechen und damit die Auseinandersetzung zu vertiefen.

5. Maßnahmen der Bildungsverwaltung/Bildungspolitik

Die folgenden empfohlenen Einzelmaßnahmen sind im Rahmen eines Gesamtkonzepts wirksam gegen Antisemitismus.

Der Bildungsverwaltung bzw. Bildungspolitik wird empfohlen,

- die oben zitierte IHRA-Definition als Arbeitsdefinition für den Schulbereich und die Schulverwaltungsstrukturen zu übernehmen, um eine gemeinsame Grundlage für die Bewertung von Antisemitismus zu schaffen,
- für alle Lehrkräfte schulart- und fächerübergreifende Fort- und Weiterbildungen zu Inhalten und Formen des Antisemitismus vorzusehen,
- bei der Überarbeitung ihrer curricularen Vorgaben die Beschäftigung mit dem Judentum in Vergangenheit und Gegenwart und mit Antisemitismus zu verankern bzw. im Sinne dieser Empfehlung zu erweitern,
- darauf hinzuwirken, dass der für die Genehmigung und die Auswahl von Schulbüchern und anderen Bildungsmedien zuständige Personenkreis dafür sensibilisiert wird, dass in diesen Antisemitismus fächerübergreifend thematisiert und zugleich auch nicht unterschwellig transportiert und verstärkt wird,
- Schülerinnen und Schülern Begegnungen mit Jüdinnen und Juden zu ermöglichen, z. B. durch Synagogenbesuche, das Programm „Meet a Jew“ sowie im Rahmen von Austauschprogrammen und Schulpartnerschaften mit Israel, auch mittels e-twinning,
- Antisemitismus als manifesten Teil antidemokratischer Strömungen explizit in Programme zur Demokratiebildung aufzunehmen,
- auf die Ergänzung, Stärkung und Wirksamkeit bestehender Präventions- und Interventionskonzepte von Schulen in Bezug auf Antisemitismus hinzuwirken,
- die Einbindung von Schulen in Beratungsnetzwerke zu unterstützen, um die schulinterne Meldung und Aufarbeitung antisemitischer Vorfälle zu gewährleisten,
- ein geeignetes Monitoring für antisemitische Vorkommnisse in den Ländern zu etablieren, um Vorfälle sichtbar zu machen, Präventionsmaßnahmen gezielter zu steuern sowie Handlungsperspektiven abzuleiten,
- die entsprechende Qualifizierung und Professionalisierung der Akteure in Schule, Schulleitung und Schulverwaltung sicherzustellen und auszubauen,

- gemeinsam mit den Hochschulen darauf hinzuwirken, dass in der Lehrerbildung fächerübergreifend und flächendeckend verbindliche Module zu historischen wie gegenwärtigen Formen des Antisemitismus und zum Umgang mit Antisemitismus verankert werden,
- ebenso in der zweiten Phase der Ausbildung aller Lehrkräfte durch verpflichtende Ausbildungsangebote sicherzustellen, dass angehende Lehrkräfte unter Berücksichtigung historischer wie gegenwärtiger Formen des Antisemitismus Kompetenzen in Prävention und Intervention beim Umgang mit Antisemitismus entwickeln.

6. Schlussfolgerungen

Die Kultusministerkonferenz, der Zentralrat der Juden in Deutschland und die Bund-Länder-Kommission der Antisemitismusbeauftragten

- setzen sich gemeinsam dafür ein, dass antisemitische Vorfälle im schulischen Umfeld als solche benannt, aufgeklärt und bekämpft werden,
- setzen sich gemeinsam dafür ein, gegenwärtiges jüdisches Leben im schulischen Rahmen zu thematisieren und Begegnungen mit Jüdinnen und Juden zu ermöglichen,
- fordern eine intensivere Vermittlung von Kenntnissen zu Antisemitismus, Judentum und jüdischer Geschichte und Gegenwart in der Lehrerbildung und bieten entsprechende Hilfestellung bei der Entwicklung von Fortbildungsprogrammen an,
- bitten die Kommission Lehrerbildung eine entsprechende Konkretisierung der „Ländergemeinsamen inhaltlichen Anforderungen für Fachwissenschaften und Fachdidaktiken in der Lehrerbildung“ und die „Standards für die Lehrerbildung: Bildungswissenschaften“ entsprechend zu prüfen,
- begrüßen Überlegungen, ein Pilotprojekt zum Antisemitismus als Thema in der Lehrerbildung an Hochschulen als Modell zu entwickeln,
- richten eine gemeinsame Fachtagung zur Umsetzung der Empfehlung aus.

Anlage

(Stand: 10.06.2021)

Einschlägige Literatur (Auswahl):

Bernstein, Julia: Antisemitismus an Schulen in Deutschland: Befunde - Analysen - Handlungsoptionen. Weinheim, 2020

Chernivsky, Marina/Lorenz, Friederike: Antisemitismus im Kontext Schule. Deutungen und Umgangsweisen von Lehrer*innen an Berliner Schulen. Berlin, 2020

Salzborn, Samuel/Kurth, Alexandra, Antisemitismus in der Schule, in: Salzborn, Samuel, Schule und Antisemitismus. Politische Bestandsaufnahme und pädagogische Handlungsmöglichkeiten, Weinheim/Basel 2020, S. 9-65

Weitere Studien zur Thematik finden sich auch auf der Webseite www.kmk-zentralratderjuden.de.

Internationale Veröffentlichungen

[International Holocaust Remembrance Alliance, Arbeitsdefinition von Antisemitismus](#), Budapest 2016

[European Commission/International Holocaust Remembrance Alliance, Handbook for the practical use of the IHRA working definition of antisemitism](#), Luxemburg 2021

Veröffentlichungen von Bund und Ländern:

[Unabhängiger Expertenkreis Antisemitismus, Antisemitismus in Deutschland – aktuelle Entwicklungen](#), Berlin 2017

[Ministerium für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg, Wahrnehmen – Benennen – Handeln. Handreichung zum Umgang mit Antisemitismus an Schulen](#), Stuttgart 2019

Empfehlungen und Veröffentlichungen der Kultusministerkonferenz:

[Erinnern für die Zukunft - Empfehlungen zur Erinnerungskultur als Gegenstand historisch-politischer Bildung in der Schule](#) (Beschluss der KMK vom 11.12.2014) ([englische Version](#))

[Gemeinsame Erklärung des Zentralrats der Juden in Deutschland und der Kultusministerkonferenz zur Vermittlung jüdischer Geschichte, Religion und Kultur in der Schule](#) (Beschluss des Präsidiums des Zentralrats der Juden in Deutschland vom 01.09.2016 und Beschluss der KMK vom 08.12.2016) ([englische Version](#))

[Demokratie als Ziel, Gegenstand und Praxis historisch-politischer Bildung und Erziehung in der Schule](#) (Beschluss der KMK vom 06.03.2009 i. d. F. vom 11.10.2018) ([englische Version](#))

[Menschenrechtsbildung in der Schule](#) (Beschluss der KMK vom 04.12.1980 i. d. F. vom 11.10.2018)

Auswahl von Lehrmaterialien:

[Kommentierte Materialsammlung zur Vermittlung des Judentums](#), zusammengestellt vom Zentralrat der Juden in Deutschland und der Kultusministerkonferenz